

BRONSKIS WOCHE

Der Sommer ist da, aber bei mir kommt keine Ferienstimmung auf. Bei Ihnen? Derzeit zerbricht sich die halbe Republik den Kopf darüber, warum die AfD in den Umfragen so stark ist, obwohl diese Partei nichts Konstruktives anzubieten hat. Man solle diese Zustimmung nicht einfach als Protest abtun, heißt es. Nun, was denn sonst?

Manche Menschen haben offenkundig ideologische Schnittstellen mit der AfD. Dazu hat die FR kürzlich Zahlen veröffentlicht. Die Uni Leipzig hat die Unzufriedenheit mit der Demokratie dingfest zu machen versucht. Resultat: Die Zustimmung zu rechtsextremen Aussagen sei vor allem in den ostdeutschen Bundesländern hoch. Der Unabhängige Expertenkreis Muslimfeindlichkeit (UEM) hält fest, dass halb Deutschland diskriminierende Einstellungen gegenüber Muslimen und dem Islam hat.

Möglicherweise sind dies Andockstellen für die AfD. Dann wäre sie tatsächlich nicht „nur“ eine Protestpartei, in der die Unzufriedenheit mit der Demokratie ein Ventil findet. Wobei ich mich allerdings frage: Warum sind die Menschen eigentlich unzufrieden? Geht's ihnen wirklich so schlecht? Oder sind sie nur den Berliner Dauerzank leid? Streit gehört allerdings zur Demokratie. Wohlwollender könnte man auch von Diskussion sprechen. Am Ende steht dann ein Kompromiss, bei dem alle Federn lassen, zugleich aber etwas gewinnen. So war es mehr oder weniger seit Weltkriegsende. Mit diesem Konzept ist die Bundesrepublik (Westteil) lange gut gefahren.

Jetzt nicht mehr. Halten die Menschen keine Diskussionen mehr aus? Wollen sie wirklich wieder autoritär regiert werden, so wie es in der Geschichte zumeist der Fall war? Einer sagt, wo es langgeht? Was wäre dadurch gewonnen, abgesehen davon, dass die Sehnsucht mancher Menschen nach harter Hand bedient wäre?

Was also soll die AfD? Warum steht sie so gut da? Dabei muss es übrigens nicht bleiben. Es wäre nicht das erste Mal, dass sich Umfragewerte vom Wahlergebnis unterscheiden. Hätten Sie vor vier Jahren geglaubt, dass wir einen SPD-Kanzler bekommen? Reden Sie mit:

frblog.de/sonneberg

Wir lesen uns.

Ihr Bronski

Auch undemokratische Parteien können gewählt werden

Nach den Wahlerfolgen der AfD in Sonneberg und: „Die AfD im Aufwind“ und „Was hilft gegen die AfD?“, FR-Politik und -Meinung vom 1. und 3. Juli

Nach fünfzehn Tagen sind alle Wünsche erfüllt

Es fing alles mit ein paar Unzufriedenen an. Sie wussten nicht was sie wählen sollten. Da sammelte ein Schlaupkopf ihre Unzufriedenheitsbekundungen, gründete eine Partei und versprach in seinem Programm, alle Dinge besser zu machen, die den Unzufriedenen nicht gefielen. Dass das Programm voller Widersprüche steckte, fiel niemandem auf.

Bei der nächsten Wahl bekam die Partei ein paar Stimmen. Die großen Parteien ignorierten sie. Doch das Heer der Unzufriedenen wuchs und wuchs. Bei der nächsten Wahl hatte die Partei zwar noch keine bedeutende Mehrheit, zog aber schon mit ein paar Abgeordneten ins Parlament ein. Wenn ihre Leute Reden hielten, wurde über sie gelacht. Die Presse überschüttete sie mit Hämme. Die Partei nannte sie deshalb „Lügenpresse“. Bei der nächsten Wahl erreichte die Partei der Unzufriedenen noch mehr Zuspruch. Das war den großen Parteien ein Dorn im Auge. Sie wollten nicht mit ihr zusammenarbeiten. Doch die Partei versprach den Bürgern weiterhin die Erlösung von allen ihren Unzufriedenheiten. Bei der nächsten Wahl hatte sie die absolute Mehrheit.

Am 1. Tag danach besetzte sie die Regierungsposten und zog ins Parlament ein. Am 2. Tag schaffte sie das Parlament ab und verbot alle anderen Parteien. Am 3. Tag führte sie die Wehrpflicht ein und verdoppelte die Polizei. Alle Polizisten wurden mit Maschinengewehren ausgerüstet. Am 4. Tag wurde die Berufstätigkeit der Frauen untersagt. Am 5. Tag wurden Homosexuelle, Lesben und Abtreibung verboten. Am 6. Tag wurden körperlich und geistig Behinderte weggesperrt.

Am 7. Tag wurden die Grenzen dichtgemacht und die alte Währung wieder eingeführt. Am 8. Tag wurde das alte Schulsystem wieder eingeführt. Lehrer bekamen das Züchtigungsrecht. Am 9. Tag wurden die diplomatischen Beziehungen zu allen muslimischen Staaten abgebrochen. Am 10. Tag wurden alle Atomkraftwerke wieder in Be-



Gemeinschaftsgefühl Ost. Sieht wie Protest aus.

DPA

trieb genommen und die Windräder geschleift. Am 11. Tag trat man aus dem europäischen Bündnis aus. Am 12. Tag wurden alle Richter zwangspensioniert und durch parteieigene Richter ersetzt. Am 13. Tag wurden Fernseh- und Rundfunkanstalten in Parteiseiger umfunktioniert und die freie Presse verboten. Das Internet wurde zensiert. Am 14. Tag wurde die Versammlungsfreiheit eingeschränkt und Gewerkschaften verboten.

Am 15. Tag glaubte man nun, im eigenen Land alle Wünsche der Wähler erfüllt zu haben und erklärte dem Nachbarland den Krieg. Rosemarie Pfeiffer, Gelnhausen

Man muss sich wehren, so lange es noch geht

Der Tenor all der vielen Schlagzeilen zum Heiz-Hammer der „Bild“-Zeitung ist klar: Die Regierung will den Rentnern und Einkommensschwachen die Heizung abdrehen oder sie doch zumindest enteignen. Und dieses Trommelfeuer prasselt seit Wochen, assistiert von der CSU:

„Habeck will Energie-Stasi einsetzen“ und Focus: „Für Millionen Rentner ist Habecks Heiztauschpflicht eine Enteignung durch die Hintertür.“

Und da wundern sich die Parteipolitiker, wenn die AfD ins Allzeithoch der Wahlumfragen aufsteigt. Zeitungen wie „Bild“ und „Welt“ oder eine Zeitschrift wie „Focus“ mit ihrer massenhaften Leserschaft wissen den Lesern, ihre Themen „einzuhämmern“. Dabei wendet man sich an ein Publikum aus patriarchisch-autoritären Familienstrukturen und gleichzeitig an ein Publikum, dem die „bessere Gesellschaft“ angemessene Bildungschancen verweigert.

Kein Wunder, dass dann Politik aus dem einen starken Mann besteht, der alles bestimmen kann; und komplexe Weltlagen in Ökonomie, Machtstreben der Großmächte und globale Risiken in einer Allmachtsfigur personalisiert werden. Ein Land, das eine solche Presse und derartige Medien hat, braucht keine AfD mehr oder bringt sie notwendigerweise mit hervor. Noch haben

die Rechtsextremisten keine Regierungsmehrheit. Aber ihre Wegbereiter wie damals vor Hitler die Harzburger Front blasen zum Aufbruch. Nur heißt ihr Agitator nicht mehr Alfred Hugenberg, Medienmillionär in jungen zwanziger Jahren, sondern es sind die Verantwortlichen von Bild, Focus und anderen.

Nein, die Geschichte wiederholt sich nicht! Oder doch? Eines jedenfalls war zu lernen: Man muss sich wehren, solange es noch geht! „Jetzt ist die Zeit“, hieß es auf dem Evangelischen Kirchentag in Nürnberg (!).

Dieter Reitz, Mainz

Mit dem Grundgesetz nicht vereinbar

Leser Scherer-Mohr meint (FR-Forum vom 9.6.), nur der Flügel um Björn Höcke verdiene die Beziehung „extremistisch“, die anderen seien harmlos, wofür aus seiner Sicht frühere Mitgliedschaften bei CDU oder FDP sprechen. Nun, es war das Ex-CDU-Mitglied Gauland, das das Dritte Reich als „Fliegenschiss“ verharmloste und von Frau Weidel sind ausländischerfeindliche Wutreden bekannt.

Der AfD die Eigenschaft „demokratisch“ abzusprechen, sei beleidigend für ihre Wähler und Sympathisanten, meint Leser Scherer-Mohr weiter. Die NSDAP ist ein Beispiel dafür, dass auch undemokratische Parteien gewählt werden können. Was die AfD zum Umgang mit Menschen nichtdeutscher Herkunft vertritt, ist mit dem Grundgesetz nicht vereinbar.

Und was soll der Hinweis darauf, dass 64 Prozent der Bevölkerung gegen die Lieferung von Kampffjets in die Ukraine sei? Die Bundesregierung liefert keine Kampffjets und hat dies auch nicht vor. Andere Waffen in die Ukraine werden sehr wohl geliefert, und die Grünen befürworten das. Sie braucht diese Waffen zur Verteidigung gegen den Aggressor. Das ist anders zu bewerten als Waffenlieferungen etwa an Saudi-Arabien, das in Bahrain und im Jemen eingriff.

Eduard Belotti, Augsburg

Diskussion: frblog.de/sonneberg

Sind wir Menschen womöglich auf dem Weg in eine freiwillige Sklaverei?

Künstliche Intelligenz: „Ohne Kunst ist alles nichts“ und „Gehemmttes digitales Wachstum“, FR-Feuilleton vom 13. Juni und -Wirtschaft vom 6. Juli

Die Aufklärung kommt gerade noch rechtzeitig

Zwei Artikel, erschienen am 13. und 14. Juni, habe ich äußerst penibel gelesen und wahrgenommen. Besonders die Darlegung des Herrn Franzobel, die Schilderung der rasanten Entwicklung in der Arbeitswelt, in der gesamten Technik bis hin zum Internet, kann ich aufgrund meiner eigenen Erfahrungen nur bestätigen. Aber im Vergleich zu dem, was uns durch KI genommen wird, war und ist die Vergangenheit ein „Klacks“. Ich hätte diesem Artikel gern eine andere Überschrift gegeben, denn wer sich nicht son-

derlich für Kunst interessiert, hat ihn nicht gelesen. Hier versucht jemand, vielleicht gerade noch rechtzeitig aufzuklären und auch zu warnen. Und die Presse hilft dabei in großen Lettern, zweiseitig! Danke hierfür.

Auch in dem Aufruf von Jana Ballweber („Zahnloser Papiertiger“ vom 14. Juni) ist ausreichend Potenzial, um das Ganze kritisch zu betrachten. Wer glaubt, künstliche Intelligenz regulieren zu können, der irrt für meine Begriffe. Und ausgerechnet das EU-Parlament soll es richten? Inzwischen gibt es viel zu viele Technikgläubige und Fortschritts-Wahnsinnige. Und die beschäfti-

gen sich damit, in welchen Bereichen Menschen ersetzbar werden.

Was dabei unter den Tisch fällt, sind Gefühle, das eigene Denkvermögen, die Menschlichkeit und vieles mehr, was nicht mehr gefragt, nicht mehr gefordert wird und ausstirbt.

Der in Kurzform gefasste Artikel über dieses angeblich strenge KI-Gesetz macht deutlich, wohin die Reise geht, wahrscheinlich mit Soll-Kann- und -Möchte-Regeln. Und dafür braucht man in den Gremien viel Zeit. Nun wird in den kommenden Monaten erst einmal verhandelt, viel geredet und vieles geändert. In

der Zwischenzeit machen wir weiter wie bisher!

Ingrid Kellermann, Guxhagen

Im Gewand göttlicher Überlegenheit

Die hundert Jahre der Frankfurter Schule haben eine Epoche der Denkschule von Philosophen hervorgebracht, einer „Kritischen Theorie“ – mit dem Segen der menschlichen Vernunft, mit dem technologischen Fortschritt das Leid der Menschheit zu überwinden, so in das soziale „Paradies“ zu gelangen. Die heutige Zeit befindet sich in wechselhaften Krisen-Erscheinungen, vom tödlichen Virus

Corona bis zum Krieg in Europa – der Klimakatastrophen, Dürren und Überschwemmungen. Diese politische und gesellschaftliche Realität haben schon Marx und Engels in ihrer Zeit gekannt: Hunger, Pest und Cholera. Die nächste Stufe ist KI – künstliche Intelligenz – ein Abbild vom Menschen, eine „digitale Verwandlung“ im neuen Gewand göttlicher Überlegenheit. Der Mensch als Diener, der zum Höchsten aufsteigt. Zeitenwende! Der Mensch in der neuen KI-Welt geht womöglich in eine freiwillige Sklaverei.

Thomas Bartsch Hauschild, Hamburg

Diskussion: frblog.de/homo-sapiens